

## Die Linkspartei und der Sozialstaat

Von Mechthild Küpper

BERLIN, 2. September. Schon der Titel der kleinen Schrift – „Sind wir hier bei ‚Wünsch dir was?‘“ – schlägt einen anderen Ton an, den bisher in der Linkspartei nur wenige pflegten. Die Autorschaft beanspruchen der Sozialwissenschaftler Michael Opielka aus Jena, der Gründungsmitglied der Grünen war, und die stellvertretende Bundesvorsitzende der Linkspartei, Katja Kipping, sowie der Wahlkampfleiter der Partei, Bodo Ramelow. Kipping und Ramelow sind Spitzenkandidaten ihrer Partei in Sachsen und Thüringen. Ramelow legt Wert auf die Feststellung, daß es sich nicht um ein „tagesaktuelles Papier“ handelt, sondern um einen Beitrag zu dem von ihm für nötig befundenen „Gesellschaftsvertrag des 21. Jahrhunderts“.

„Empirisch und theoretisch falsch“ sei die Analyse, hohe Sozialleistungen erzeugten die Massenarbeitslosigkeit, indem sie „erlaubten, daß man nicht jede Erwerbsarbeit zu jedem Preis annehmen müsse“. Falsch sei auch die Analyse, Sozialpolitik hänge vom Kassenstand ab: „Sozialpolitik ist auf jedem Niveau des wirtschaftlichen Wohlstands einer Gesellschaft möglich“, sie müsse nur so organisiert werden, „daß sie wirtschaftliche Effizienz fördert“. „Billig“ kann ein Sozialstaat nach der Vorstellung der Autoren nicht sein, doch sei es „nicht das Wichtigste“, ob die Sozialquote 20 (in Skandinavien) oder 40 (wie in den Vereinigten Staaten von Amerika) Prozent des Bruttoinlandsprodukts betrage. Bisher habe die Linke eine hohe Staatsquote als „Ausweis sozialer Gerechtigkeit“ angesehen. Davon verabschieden sich Frau Kipping, Opielka und Ramelow.

Ihr Leitbild ist ein „sozialpolitischer Realismus“, der sich von der „altlinken Ideologie des Staates“ und der „neoliberalen Ideologie des Marktes“ gleichermaßen absetzt. Beide seien falsch und unrealistisch: Die einen wollten eine Politik der „Aktivierung“ und damit eine „faktische Pflicht zur Arbeit“, die anderen ließen sich verführen, ein staatlich garantiertes „Recht auf Arbeit“ zu fordern.

Für „realistisch“ erklärten Frau Kipping, Opielka und Ramelow dagegen eine Sozialpolitik, die sich „auf das Wesentliche konzentriert“: Schon heute lebten in Deutschland „40 Prozent der gesamten Bevölkerung überwiegend von sozialstaatlichen Umverteilungen“, der Anteil werde noch steigen. Eine „große Sozialreform“ müsse der Mittelpunkt des Umbaus des Sozialstaats werden. Daß dieser umgebaut und nicht etwa nur sein mutmaßlicher „Abbau“ durch Rot-Grün abgewehrt und besonders das Hartz-IV-Gesetz gekippt werden muß, gehört nicht zu den in der Linkspartei geläufigen Argumenten.

Eine „Bürgerversicherung“ für alle Einkommensrisiken nach Schweizer und eine Krankenversicherung nach österreichischem Vorbild schlagen die Autoren vor, womit sie ihrer Ansicht nach „die bisherige Programmatik der Linkspartei wie von Grünen und SPD“ weit hinter sich lassen, aber annehmen, „die Mehrheit der Bevölkerung dafür gewinnen zu können“. Der Vorschlag zielt auf eine Entkopplung von „Erwerbsarbeit und Sozialstaat“. Die Mehrheit der Arbeitnehmer, besonders Geringverdiener und Familien, werde nach dem vorgeschlagenen Modell „dramatisch weniger“ zahlen als heute. Bei der staatlichen Vereinigung Deutschlands sei versäumt worden, das „veraltete Bismarck-System der Bundesrepublik“ zu modernisieren, schreiben die Autoren. Sie schlagen folgendes vor: 17 bis 18 Prozent „Sozialsteuern“ sollen, ohne Bemessungsgrenze, auf sämtliche Einkommensarten gezahlt werden. Sämtliche Zahlungen der Rentenversicherung, der Arbeitslosenversicherung, das Krankengeld und Kindergeld, das Elterngeld und das Arbeitslosengeld II werden zur „Grundeinkommensversicherung“ zusammengefaßt. Diese soll allen Versicherten ein Grundeinkommen von 700 bis 750 Euro und allen Rentnern etwa 800 Euro pro Monat garantieren; Arbeitslose sollen es ohne zeitliche Begrenzung beziehen. Wer allerdings „nicht für den Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen möchte“, soll zwar das Grundeinkommen weiterhin erhalten, doch sollten „ein Teil (maximal 50 Prozent)“ als Darlehen gezahlt werden. Die Schweizer Krankenversicherung mit einer „Kopfpauschale“ lehnen Frau Kipping, Opielka und Ramelow dagegen ab und schlagen eine „Sozialsteuer“ von sieben bis acht Prozent auf alle Einkommen ohne Bemessungsgrenze vor.

Bürgerversicherung und Grundeinkommen zusammen erforderten eine „Sozialsteuer“ von 25 Prozent statt von heute über vierzig Prozent Sozialversicherungsbeiträgen. Der Spitzensteuersatz könnte schließlich „im Gegenzug“ auf 25 Prozent reduziert werden, so daß sich zusammen für Gutverdienende eine Steuerbelastung von 50 Prozent ergäbe.